

Integrationszentren: Freie Träger stärker einbinden

Das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz bildete einen Schwerpunkt in der Diskussion

Mehr Rechte für Migrantinnen und Migranten, die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und die Einrichtung von kommunalen Integrationszentren sieht das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz vor, das zum 1. Januar 2012 in Kraft treten soll. Beim Tag des Paritätischen NRW stellte Anton Rütten, Abteilungsleiter im MAIS NRW, das Gesetz vor.

Ein alter Koffer auf dem Podium stand für die Sprachen und Gebräuche, die Migrantinnen und Migranten im Laufe der Jahrzehnte nach Deutschland mitgebracht haben. Wer davon profitieren will, muss den Koffer öffnen: durch innovative Programme, Dialog zwischen den Kulturen und vielleicht auch durch das geplante Teilhabe- und Integrationsgesetz (TIG). „Das neue Gesetz geht jeden an“, betonte Anton Rütten, Abteilungsleiter Integration im NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

14 Millionen Euro für die Umsetzung
Das TIG ist ein Artikelgesetz, das heißt, existierende Landesgesetze sollen geändert und so die Rechte von Migrantinnen und Migranten gestärkt werden. Ebenfalls gewollt ist ihre bessere Einbindung ins öffentliche Leben. Daneben sollen Migrantenorganisationen mehr Geld erhalten und das Land will mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung einstellen. „Wir wollen eine Verwaltung, die die Bevölkerung widerspiegelt“, umriss Rütten das Ziel. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren werde zurzeit erprobt. Ein weiterer zentraler Aspekt des TIG ist die Einrichtung von 54 kommunalen Integrationszentren (KIZ). Diese sollen durch den Zusammenschluss der regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA, bisher 27) mit

dem Landesprogramm KOMM-IN entstehen. Zum Schluss nannte Rütten die Summe, über die 2012 für die Umsetzung verfügt werden kann: 14 Mio. Euro.

Bei Integrationszentren nachbessern

Karin Montermann und Kenan Kücük, Facharbeitskreissprecher Migration beim Paritätischen NRW, begrüßten das neue Gesetz. „Endlich wird Recht, was wir schon lange fordern.“ Dann folgte deutliche Kritik: „Mit den RAAs übernimmt ein kommunaler Träger die Verantwortung, der selber noch seine interkulturelle Befähigung nachweisen muss“. Auch sei der Ton des Gesetzes nicht verpflichtend genug und die freien Träger müssten stärker mit eingebunden werden. „Hier muss nachgebessert werden,“ forderte Montermann. Das Publikum fasste ebenfalls nach: „Was ist mit Flüchtlingen?“ oder „Werden ausländische Abschlüsse jetzt schneller anerkannt?“ Das müsse auf Bundesebene geklärt werden, antwortete Rütten, erst dann könne NRW mit einer Gesetzesänderung nachziehen.

Nachholbedarf in der Praxis

Im zweiten Teil des Fachforums ging es um die Praxis interkultureller Arbeit in den Vereinen. Vor drei Jahren fragte Umut Ezel für die Gesundheitsselbsthilfe NRW nach: Wie viele Migrantinnen und Migranten erreichen wir? So gut wie keine, so lautete die ernüchternde Antwort. „Durch unser

Projekt mit Fokus auf türkischstämmige Krebskranke sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt sensibilisiert“, zog Ezel nun positive Bilanz. Helga Räder (Fachreferentin Tageseinrichtungen für Kinder) startete zu Beginn ihrer interkulturellen Arbeit eine Umfrage. „Bei uns gibt es keine Migrantinnen und Migranten“, meldeten viele Einrichtungen zurück. Räder hakte nach und fand heraus: Mehr als ein Drittel der Kinder hat einen Migrationshintergrund, spricht aber gut deutsch. „Untersuchungen zeigen, dass nur 10 Prozent wirklich schlecht deutsch sprechen,“ erklärte Kenan Kücük. Er kam vor 31 Jahren nach Deutschland. Der Verein, den er vor 26 Jahren gründete, ist heute das Multikulturelle Forum Lünen. Dessen interkulturelle Arbeit gilt als vorbildlich, ebenso wie die des Pädagogischen Zentrums (PÄZ) in Aachen. „In unserem Haus werden mehr als 20 Sprachen gesprochen,“ so Kücük. Karin Montermann ergänzte für das PÄZ: „Wir haben bewusst Menschen mit Migrationshintergrund auf leitenden Positionen eingestellt.“

Vorsicht Vielfalt

Zuletzt brachte Moderatorin Ulrike Werthmanns-Reppekus mit ihrem Abschiedsgeschenk die Podiumsgäste zum Schmunzeln: „Vorsicht Vielfalt!“ stand auf dem Brillenputztuch. Damit für den interkulturellen Durchblick stets gesorgt ist.

Christine Denda



Ulrike Werthmanns-Reppekus, Fachgruppenleiterin im Paritätischen NRW, moderierte das Fachforum.



Rund 100 Teilnehmer/-innen folgten den lebhaften Diskussionen auf dem Podium – und diskutierten kräftig mit.



Im Gespräch: Karin Montermann, Facharbeitskreissprecherin und Anton Rütten, Abteilungsleiter MAIS NRW